2011.SR.000112 (13/025)

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Interfraktionelles Postulat GB/JA!, SP/JUSO (Cristina Anliker-Mansour, GB/ Guglielmo Grossi, SP): Politische Partizipation für Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt Bern!; Fristverlängerung Punkt 2

Bern ist eine multikulturelle Stadt. 21.7% der Bewohner in der Stadt Bern sind Ausländerinnen und Ausländer. Über 160 Nationalitäten leben in Bern zusammen. Sie alle arbeiten, zahlen hier ihre Steuern und tragen wesentlich zum Wohlstand der Stadt bei. Sie sind aber von der politischen Mitwirkung nach wie vor ausgeschlossen.

Mehrere Kantone unterstützen die politische Integration, indem sie für Ausländerinnen und Ausländer das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler bzw. kantonaler Ebene eingeführt haben. Im Kanton Bern und in dessen Gemeinden ist dies leider nicht möglich.

Im neuen Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern wird im Leitsatz 2 folgendes festgehalten: „Die Stadt Bern setzt sich für die politische Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten ein." Die Stadt Burgdorf hat im Februar 2008 ein Antragsrecht für Ausländer im Parlament der Gemeinde eingeführt. Für einen solchen Antrag braucht es die Unterschriften von mindestens 30 Personen mit Niederlassungs- bzw. Aufenthaltsbewilligung (Ausweis C oder B). Ein solcher Antrag soll im Parlament wie ein Antrag eines Ratsmitglieds behandelt werden. In der Stadt Bern gibt es bereits das Mitwirkungsrecht für Kinder und Jugendliche mit der Jugendmotion als Instrument, welches in der Gemeindeordnung – unter „Mitwirkungsreglement von Kindern und Jugendlichen" MWR – verankert ist.

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Die Grundlagen zu schaffen, um das Antragsrecht der Ausländerinnen und Ausländer in Bern auf Gemeindeebene zu verankern.
2. Anschliessend eine Kampagne starten, um die in Bern wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer über diese Möglichkeit der politischen Partizipation zu informieren.

Bern, 31. März 2011

Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO (Cristina Anliker-Mansour, GB/Guglielmo Grossi, SP), Stéphanie Penher, Lea Bill, Rahel Ruch, Jeannette Glauser, Urs Frieden, Aline Trede, Corinne Mathieu, Hasim Sancar, Ruedi Keller, Stefan Jordi, Halua Pinto de Magalhães, Beat Zobrist, Silvia Schoch-Meyer, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Nicola von Greyerz, Patrizia Mordini, Luzius Theiler, Regula Fischer, Christine Michel, Gisela Vollmer, Thomas Göttin, Annette Lehmann, Giovanna Battagliero, Rolf Zbinden, Ursula Marti

Bericht des Gemeinderats

Am 1. Dezember 2011 hat der Stadtrat Punkt 1 des Vorstosses als Motion, Punkt 2 hingegen als Postulat überwiesen. Für Punkt 1 gilt daher eine Erfüllungsfrist von zwei Jahren, für

Punkt 2 eine solche von einem Jahr. Aus dem Text der Motion („Anschliessend“ soll eine Kampagne lanciert werden) ergibt sich zwingend, dass Punkt 2 erst nach Erfüllung von Punkt 1 erledigt werden kann.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat GB/JA!, SP/JUSO (Cristina Anliker-Mansour, GB/ Guglielmo Grossi, SP): Politische Partizipation für Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt Bern!; Fristverlängerung Punkt 2.

2. Er stimmt einer Fristverlängerung für die Beantwortung von Punkt 2 um vorerst ein Jahr zu.

Bern, 16. Januar 2013

Der Gemeinderat